

Nebulöse Zukunft der Staatsfinanzen

GL alv. An einer Medienkonferenz hat der Regierungsrat seine teils noch sehr diffusen Vorstellungen zur Sanierung des Staatshaushaltes dargelegt.

Die präsentierten «Module» für mögliche Einsparungen sind längerfristig ausgelegt, inhaltlich lässt sich dazu noch wenig bis gar nichts sagen. Der alv nimmt die Ausführungen der Regierung zur Kenntnis, weist aber darauf hin, dass die Bildung in den letzten Jahren überproportional zur Entlastung der Staatsfinanzen beigetragen hat. Dem wurde auch an der Urne Rechnung getragen: Bildungsabbaumassnahmen wurden abgelehnt, es zeigte sich deutlich, dass ein weiterer Abbau nicht mehrheitsfähig ist. Nachfolgend die einzelnen neuen Sparmodule:

- Im Bereich «Volksschule» sind undefinierte pauschale Kürzungen angekündigt. Begründet werden diese damit, dass die Ausgaben aufgrund steigender Schülerzahlen zunehmen. *Kommentar:* Bei mehr Schülerinnen und Schüler steigt logischerweise der Aufwand für die Volksschule. Wer beim Bäcker mehr Brot bestellt, muss dafür auch mehr bezahlen.
- Die Schuldauer bis zur Matura soll – wie in anderen Kantonen – auf 12 Jahre verkürzt werden. *Kommentar:* Das klingt zwar verlockend, da dieses Vorhaben aber in der Umsetzungsphase beträchtliche Mehrkosten auslösen würde und allfällige Einsparungen wohl erst nach 2025 wirksam werden könnten, fällt diese Massnahme aus dem vom Regierungsrat fokussierten Planungshorizont heraus und ist für die finanzielle Auslegeordnung zum jetzigen Zeitpunkt nicht relevant.

- Eine Neuauflage der Reform der Berufsschulstandorte ist vorgesehen. *Kommentar:* Diese Reform muss zwingend gemeinsam mit den Betroffenen entwickelt werden. Die zwei Bereiche (KV und Gewerblich-Industriell) sollen in einem ersten Schritt gesondert betrachtet werden.

- Gegen die Idee, die räumliche Leistungserbringung im Kanton Aargau zu überprüfen, wehrt sich der alv nicht grundsätzlich, auch wenn dabei die Kleinstschulen kritisch unter die Lupe genommen werden könnten.

Gänzlich vergessen hat der Regierungsrat, dass die Schulen in den kommenden Jahren Investitionen brauchen: Die Umsetzung des Lehrplans 21 ist nicht gratis. Soll der Aargauer Lehrplan vergleichbar mit den umliegenden Kantonen sein, wird das mehr kosten, weil die Stundendotation an der Unterstufe und in der Realschule unter dem Lehrplan-Vorschlag liegen. Auch hier gilt – wer mehr bestellt, muss auch mehr bezahlen. Weiter erachtet der alv Investitionen in die frühe Bildung, insbesondere im Sprachbereich, als dringend notwendig. Dies wirkt sich längerfristig kostensenkend aus, da die Schule weniger Reparaturarbeit leisten muss.

Die im Budget 2018 geplante Streichung der Intensivweiterbildung wird der alv dezidiert bekämpfen, denn diese ist bald der letzte Anreiz für Lehrpersonen, länger im Aargau zu unterrichten. Ein Wegfall verschlechtert die ohnehin schon nachteiligen Arbeitsbedingungen zusätzlich, was nicht akzeptierbar ist.

Kathrin Scholl, stv. Geschäftsführerin alv

Kommentar

Zwei Fremdsprachen an der Primarschule

Abstimmung. Das Zürcher Stimmvolk stützt die Sprachenstrategie der EDK und will, dass weiterhin Englisch und eine zweite Landessprache in der Primarschule unterrichtet werden. Die alv-Geschäftsleitung ist erfreut über das Resultat, gleichzeitig will sie jedoch die Diskussion um die notwendigen Rahmenbedingungen für den Fremdsprachenunterricht intensivieren.

Das Resultat aus Zürich wurde in der ganzen Schweiz mit Spannung erwartet. Stand doch nicht weniger als die Harmonisierung der kantonalen Bildungssysteme auf dem Prüfstand. Zum Glück will man an dieser Zielsetzung nicht rütteln, das ist gut so. Nichtsdestotrotz tun die Bildungsdirektoren gut daran, wenn sie neben der Strategie auch die Umsetzung und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen mit gleicher Vehemenz einfordern. Immer wieder wird die Wirksamkeit des Primarschulenglisch oder -französisch in Frage gestellt. Entscheidend für die Wirksamkeit des früheren Sprachenunterrichts ist neben der Didaktik die erforderliche Dotation der Stunden. Dieser Frage muss sich die Aargauer Regierung denn auch bei der Definition der Stundentafel des neuen Aargauer Lehrplans stellen. Auch hier gilt, wer mehr Leistung will, muss auch bereit sein, dafür zu zahlen. Bildung darf nicht ausschliesslich als Kostenfaktor gesehen werden, sie muss uns etwas wert sein!

Kathrin Scholl, stv. Geschäftsführerin alv



Die Nebel haben sich noch nicht gelichtet: Die Haushaltssanierung bleibt vage. Foto: Fotolia.